

Aufruf zum Antikriegstag¹ 2023

Es gibt keinen Frieden mit Regierung und Kapital

Krieg dem Krieg!

Arbeiter schießen nicht auf Arbeiter – das war und ist unsere Grundhaltung als Arbeiter, als Gewerkschafter.

„Die Kapitalisten wollen keinen Krieg, sie müssen ihn wollen“ (B. Brecht). Wir Arbeiter wollen weder einen Krieg, noch lassen wir uns in einen Krieg zwingen, der das, was die Arbeiter anderer Länder geschaffen haben, zerstört und der mit Zerstörung, Barbarei und Tod auch in unserem Land enden wird.

Wir Arbeiter sind die einzige Friedensmacht. Durch unsere Stellung in der Produktion haben wir die Macht und die Mittel, dem Krieg, der nicht unser Krieg ist, zuvorzukommen und ihn zu beenden. Unsere Waffe ist unsere Entschlossenheit und unsere Organisierung; es ist der Generalstreik², der die Kriegsregierung zum Teufel jagt und die Arbeiterregierung erkämpft. Dass das möglich ist hat die Arbeiterbewegung in der Geschichte schon mehrfach bewiesen. So auch die deutsche Arbeiterbewegung, die vor 100 Jahren im großen Hamburger Aufstand versucht hat, einen zweiten imperialistischen Weltkrieg zu verhindern; so auch das internationale Proletariat, das uns vom Faschismus befreit hat.

Unsere Zukunft und die unserer Jugend ist an der Seite der Völker und nicht an der Seite der Kriegstreiber, als Teil einer weltweiten Antikriegsfront, die den Kampf gegen den Hauptfeind im eigenen Land führt. Frieden mit Regierung und Kapital kann es deshalb für uns niemals geben.

Unsere Gewerkschaften haben wir wieder zu Kampforganisationen zu machen, die den Anti-Kriegskampf führen und die nicht Hilfstruppen sind des Kriegskapitals und der Kriegsregierung; die den Kampf führen „Nieder mit dem Lohnsystem“, um die Ursachen des Krieges zu beseitigen. Wer sich unseren Arbeiterinteressen entgegen stellt, der wird aus seinem bequemen Sessel und aus seinem Posten gejagt. Wer seinen Posten gebraucht, um uns zum Teil der Kriegspartei der Herrschenden zu machen und damit an den bestehenden gewerkschaftlichen Beschlüssen und Satzungen rüttelt, die zu Völkerfreundschaft und zum Kampf gegen Nationalismus, Militarismus und Krieg verpflichten, hat keinen Platz in den Gewerkschaften und gehört ausgeschlossen.

Deshalb gilt:

**Statt den Marschbefehl in den Krieg zu befolgen,
werden wir gegen die Regierung in Berlin marschieren!
Krieg dem Krieg – organisiert Euch und werdet Teil der Anti-Kriegsfront!**

Herausgeber des Aufrufs:

Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD / Freie Deutsche Jugend / Revolutionäre Front

ERSTUNTERZEICHNER:

Arbeiter, Vertrauensleute und Betriebsräte aus folgenden Betrieben:

*Bremen / Bremerhaven: Arcelor, Deutsche Bahn, Hafen, Mercedes • Dingolfing: BMW • Frankfurt:
Siemens SSW, Gewerkschaftliche Arbeitsgruppe gegen den Notstand der Republik, Metall-
Arbeitslose Frankfurt • Hamburg: Airbus, Mercedes, Hafen, Jungheinrich, Lufthansa Technik • Köln:
Ford • Mannheim: Daimler Truck • Leverkusen: Chempark • Ludwigshafen: BASF • München: BMW,
MAN, MVG, Siemens Mobility • Nürnberg: DB Cargo, MAN, Siemens Energy,
ZF • Regensburg: BMW, Continental, Kerchensteiner Berufsschule, Vitesco*

– und weitere: 720 (Stand: 20.11.2023)

¹ Der 1. September 1939 ist der Tag des deutschen Überfalls auf Polen und damit der „offizielle“ Beginn des 2. Weltkriegs mit dem erklärten Ziel, die erste Arbeitermacht der Welt, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, zu vernichten. Die 5. DGB-Bundesjugendkonferenz 1962 erklärte zur Mahnung und Warnung den 1. September zum Antikriegstag und beschloss, an diesem Tag alljährlich Demonstrationen gegen den Krieg durchzuführen.

² Aus §2 der Satzung der IG Metall: „Die Verteidigung dieser Rechte und der Unabhängigkeit sowie Existenz der Gewerkschaften erfolgt notfalls durch Aufforderung des Vorstandes an die Mitglieder, zu diesem Zweck die Arbeit niederzuliegen (Widerstandsrecht gemäß Artikel 20 Absatz 4 GG).“